

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion GRÜNE**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Einführung eines 13. Schuljahres an der Schule Schloss Salem

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. inwieweit Informationen zutreffen, wonach die Schule Schloss Salem beim Kultusministerium einen Antrag eingereicht hat, der ein zusätzliches Schuljahr zur Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe vorsieht;
2. welches pädagogische Konzept dem Antrag der Schule Schloss Salem zugrunde liegt;
3. wie sie das pädagogische Konzept des Antrags der Schule Schloss Salem bewertet;
4. wann der Antrag der Schule Schloss Salem beim Kultusministerium eingereicht wurde, und welche Vereinbarungen, Klärungen, mündlichen oder schriftlichen Zusagen zwischen dem Ministerium und der Schule wann getroffen wurden;
5. inwieweit daraufhin der Antrag der Schule Schloss Salem bzw. das pädagogische Konzept verändert wurden;
6. aus welchen Gründen die Schule Schloss Salem schließlich ihren Antrag zurückgezogen hat;

7. welchen Einfluss das Kultusministerium auf die Entscheidung der Schule Schloss Salem, ihren Antrag zurückzuziehen, genommen hat;
8. welche weiteren Gymnasien in Baden-Württemberg ihr Interesse an der Einführung eines Extra-Schuljahres zur besseren individuellen Förderung bekundet haben bzw. bei der Schulverwaltung einen formalen Antrag eingereicht haben;

II.

dem Anliegen der Schule Schloss Salem, ein zusätzliches 13. Schuljahr einzuführen, Rechnung zu tragen.

02. 02. 2010

Schmiedel, Dr. Mentrup, Zeller
und Fraktion

Kretschmann, Rastätter
und Fraktion

Begründung

Laut Medienberichten hat die private Schule Schloss Salem beim Kultusministerium einen Antrag eingereicht mit der Absicht, im Rahmen des gymnasialen Bildungsganges ein Extra-Schuljahr einzurichten. Das Ziel dieses zusätzlichen Jahres sei es, die Schülerinnen und Schüler besser individuell zu fördern und sie besser auf die Oberstufe vorzubereiten. Die jungen Menschen sollen mehr Zeit erhalten, um ihre individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Offenbar auf Druck aus dem Kultusministerium hat die Schule in der Zwischenzeit ihren Antrag aber zurückgezogen. Damit setzt sich das Kultusministerium einmal mehr über die berechtigten Anliegen der Schulen und Eltern vor Ort hinweg.

Die Fraktionen SPD und GRÜNE unterstützen die Schulen, Schulträger, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler darin, den Stress im achtjährigen Gymnasium G8 zu reduzieren. Die Schülerinnen und Schüler müssen ausbaden, dass die Landesregierung das G8 überhastet eingeführt hat, ohne auf die kritischen Rückmeldungen der Verbände, der Beteiligten vor Ort und nicht zuletzt auch der Opposition einzugehen. Mit diesem Antrag wollen SPD und GRÜNE deutlich machen, dass sie Anträge von Schulen, die ihren Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Erreichen des Abiturs einräumen wollen, unterstützen und deshalb erneut von der Landesregierung die Genehmigung solcher Anträge einfordern.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 18. Februar 2010 Nr. 36–S15–.Salem/62 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. inwieweit Informationen zutreffen, wonach die Schule Schloss Salem beim Kultusministerium einen Antrag eingereicht hat, der ein zusätzliches Schuljahr zur Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe vorsieht;

Ein solcher Antrag wurde eingereicht, inzwischen aber zurückgezogen.

2. welches pädagogische Konzept dem Antrag der Schule Schloss Salem zugrunde liegt;

Die Schule Schloss Salem konzipierte mit dem sog. „Salemjahr“ eine einjährige Unterbrechung des achtjährigen Bildungsganges zum Abitur. In diesem Zeitraum sollte regulärer Unterricht gemäß einer eigenen Stundentafel ergänzt durch drei jeweils einwöchige Projekte im Gesamtumfang von 22 bzw. 26 Wochenstunden stattfinden, außerdem noch Unternehmungen wie zum Beispiel eine vierwöchige Sprachreise, eine zweiwöchige Studienreise sowie ein Outward Bound-Projekt.

Zielgruppe des Angebots wären laut Antrag dementsprechend Schülerinnen und Schüler gewesen, die zwar die schulrechtlichen Voraussetzungen zum Besuch der Kursstufe des Gymnasiums besitzen, deren Prognose für den Erfolg in der Kursstufe aber unsicher sei. Allerdings konkretisiert der Antrag die Zielgruppe und fügt noch folgende Schülergruppen hinzu:

- Schüler aus dem Ausland, die vor Eintritt in die Kursstufe ihre Deutschkenntnisse, insbesondere in den Fachsprachen verbessern wollen sowie
- Schüler mit einer abgeschlossenen Realschulbildung, die nach der Multilateralen Versetzungsordnung (MVO) in die Klasse 11 des Gymnasiums aufgenommen werden können, sich aber inhaltlich den Anforderungen noch nicht gewachsen fühlen.

3. wie sie das pädagogische Konzept des Antrags der Schule Schloss Salem bewertet;

Baden-Württemberg hat sich mit der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasiums mit dem Schuljahr 2004/2005 an den international üblichen Ausbildungszeiten orientiert. Darüber hinaus zielt das achtjährige Gymnasium auf einen verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen. Trotz der Verkürzung der Schulzeit bleibt die anerkannt hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs erhalten. Der Landtag hat am 17. Juli 2003 die Einführung des flächendeckenden achtjährigen Gymnasiums mehrheitlich beschlossen (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, veröffentlicht im Gesetzblatt Nr. 9 vom 28. Juli 2003).

Vor diesem Hintergrund war kein Erprobungsbedarf ersichtlich.

4. wann der Antrag der Schule Schloss Salem beim Kultusministerium eingereicht wurde, und welche Vereinbarungen, Klärungen, mündlichen oder schriftlichen Zusagen zwischen dem Ministerium und der Schule wann getroffen wurden;
5. inwieweit daraufhin der Antrag der Schule Schloss Salem bzw. das pädagogische Konzept verändert wurden;
6. aus welchen Gründen die Schule Schloss Salem schließlich ihren Antrag zurückgezogen hat;
7. welchen Einfluss das Kultusministerium auf die Entscheidung der Schule Schloss Salem, ihren Antrag zurückzuziehen, genommen hat;

Der Antrag ging im Januar 2010 beim Kultusministerium ein, wurde aber bereits am 1. Februar 2010 ohne weitere Begründung von der Schule zurückgezogen.

8. welche weiteren Gymnasien in Baden-Württemberg ihr Interesse an der Einführung eines Extra-Schuljahres zur besseren individuellen Förderung bekundet haben bzw. bei der Schulverwaltung einen formalen Antrag eingereicht haben;

Ein Antrag auf Einrichtung eines Schulversuchs G9 parallel zum achtjährigen Gymnasium („G8 plus“) wurden seitens des Auguste-Pattberg-Gymnasiums Mosbach am 9. Februar 2009 gestellt. Das Kultusministerium hat diesen Antrag abgelehnt.

II.

dem Anliegen der Schule Schloss Salem, ein zusätzliches 13. Schuljahr einzuführen, Rechnung zu tragen.

Die Sache hat sich durch die Zurücknahme des Antrags erledigt.

Rau
Minister für Kultus, Jugend und Sport